

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Frank Schäffler, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Keine weiteren Steuererhöhungen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Finanz- und Steuerpolitik der Koalition aus CDU, CSU und SPD fehlt jede Linie. Anstatt staatliche Ausgaben einzuschränken, setzt die Bundesregierung auf massive Steuererhöhungen und eine höhere Neuverschuldung.

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz werden Mehrwert- und Versicherungsteuer zum 1. Januar 2007 um drei Prozentpunkte erhöht. Zusammen mit weiteren Maßnahmen kommen auf Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen bis 2009 Mehrbelastungen von rd. 70 Mrd. Euro zu. Das ist das größte Steuererhöhungsprogramm in der Geschichte Deutschlands. Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 sollen u. a. die Entfernungspauschale weitgehend abgebaut, der Sparerfreibetrag halbiert und die Abzugsfähigkeit der Kosten für das häusliche Arbeitszimmer gestrichen werden, ohne dass eine Entlastung durch niedrigere Steuertarife erfolgt. Gleichzeitig wird aus populistischen Gründen eine so genannte Reichensteuer eingeführt, die verfassungsrechtlich bedenklich ist und nicht mehr Gerechtigkeit mit sich bringt. Diese Steuer kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Steuererhöhungen der Bundesregierung vor allem kleine und mittlere Einkommen unverhältnismäßig hoch belasten.

Insgesamt sollen die Bürgerinnen und Bürger jährlich mit weiteren rund 4,4 Mrd. Euro belastet werden. Die Koalition setzt mit ihrer Steuererhöhungspolitik verheerende Signale für Investoren aus dem In- und Ausland und verhindert damit

die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Zu einer umfassenden Reform unseres Steuersystems hat die Koalition bisher keine Vorschläge unterbreitet.

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist katastrophal. Verbesserungen wird es nur geben, wenn Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben auf ihren Kernbereich zurückführen. Einnahmeverbesserungen durch Steuererhöhungen sind kein Ausweg. Sie schränken Konsum und Investitionen ein und verschlechtern so die Lage der Wirtschaft weiter. Die Folge dieser Politik ist eine steigende Arbeitslosigkeit. Einem wirtschaftlichen Aufschwung mit einer Verbesserung der öffentlichen Finanzen wird dadurch die Basis entzogen. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass sämtliche Aufgaben und Ausgaben des Staates kritisch überprüft werden müssen. Steuererhöhungen sind der falsche Weg, um die finanziellen Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte zu bewältigen.

II. Der Deutsche Bundestag wolle darüber hinaus beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag lehnt den Entwurf des Steueränderungsgesetzes 2007 ab.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Koalition auf, ihre Steuererhöhungspolitik zu beenden und die öffentlichen Haushalte durch intelligentes Sparen zu sanieren.
3. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass Voraussetzung für mehr Investitionen und Arbeitsplätze ein einfaches und transparentes Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen ist.

Berlin, den 31. Mai 2006

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**